

**Erneuter Anstieg von Gewalt gegen Frauen – aber kein Anstieg an Investitionen in Beratung und Hilfe.
Fachberatungsstellen fordern: Gewalthilfegesetz und sofortige Anhebung der laufenden Förderungen jetzt!**

Bonn, den 26.6.2024

In den letzten Wochen wurden die im Jahr 2023 polizeilich erfassten Zahlen zu Gewalt in Partnerschaften und innerfamiliärer Gewalt veröffentlicht. Laut PKS sind die angezeigten Fälle von Gewalt in Partnerschaften im Vergleich zum Vorjahr um 6,4% gestiegen, innerfamiliäre Gewalt um 6,7%. Besonders erschreckend ist die Zahl von 155 Frauen, die im vergangenen Jahr von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet wurden. Aus Dunkelfeldstudien ist bekannt, dass jede 3. Frau in ihrem Leben körperliche Gewalt erfahren hat und jede 7. Frau sexualisierte Gewalt, 60% der Frauen haben sexuelle Belästigungen erlebt. Die kürzlich veröffentlichte [„Kostenstudie zum Hilfesystem für Betroffene von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt“](#) verdeutlicht die große Notwendigkeit zusätzlicher finanzieller Mittel für Fachberatungsstellen.

Diese alarmierenden Zahlen verweisen auf die Dringlichkeit eines umfassenden Unterstützungsangebots für Betroffene. Fachberatungsstellen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Die meisten dieser Einrichtungen arbeiten jedoch als „freiwillige Leistung“ immer mehr am Limit und können den hohen Eigenanteil an den öffentlichen Finanzierungen nicht mehr aufbringen. Kostensteigerungen erschweren diese Situation, die Beratungsstellen wissen nicht, wie sie die nächsten Jahre finanzieren sollen, ohne Stellen abzubauen. Gewaltbetroffene Frauen stehen dann vor verschlossenen Türen oder müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Das BMFSFJ und der Runde Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ arbeiten derzeit am Gewalthilfegesetz, um den Zugang zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer Gewalt für Betroffene abzusichern. Die Fachberatungsstellen fordern eine schnelle Umsetzung des Gesetzes, brauchen aber auch sofort Unterstützung. Mit einer Mahnwache und einem Appell an die Landesregierung, geeignete Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der Frauen zu ergreifen und die Frauenhilfestruktur auskömmlich zu finanzieren, haben die landesweiten Verbände am 20.6. 2024 vor dem Landtag protestiert. Eine weitere Mahnwache vor dem Landtag ist für den 1. Juli 2024 von 09:30 bis 13:00 Uhr auf der Landtagswiese unter dem Motto „Feminizide stoppen“ geplant.

„Es besteht ein dringender Bedarf an mehr Investitionen in das Hilfesystem. Bund, Länder und Kommunen müssen klaren politischen Willen zeigen, sich für das Gewalthilfegesetz einsetzen und auch in den Haushalten akut zusätzliche Mittel bereitstellen, um den Schutz und die Unterstützung von Betroffenen zu gewährleisten“, verdeutlicht die Geschäftsführerin der Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt, Conny Schulte.

Bonn, den 26.6.2024, Conny Schulte